

Bezugspreis:
Monatlich 1.75 RM, monatlich 2.25 RM,
vierteljährlich 6.75 RM, halbjährlich 12.50 RM,
jährlich 24.00 RM, einschließlich
Postgebühren. Einzelhefte 10 Pfennig.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Nonpareille
zählt 10 Bsp. „Nietus Anzeigen“,
das festgedruckte Wort 40 Bsp. (zählend
2 festgedruckte Worte), jedes weitere
Wort 20 Bsp. Stellenanzeigen und
Schlafstellenanzeigen das erste Wort
30 Bsp., jedes weitere Wort 15 Bsp.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
jeweils 20 Bsp. Kreuzungszahlung 70%.
Familien-Anzeigen, politische und
gesellschaftliche Berichte - Anzeigen
30 Bsp. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
SW. 62, Unter den Eichen 3, abgegeben
werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis
6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 12. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

Ententeultimatum an Deutschland.

Bern, 12. Februar. (Z.N.) Nach Pariser Informationen
des Vertreters der Telegraphen-Kompagnie hat der
Oberste Kriegsrat der Alliierten eine Sonderkommission mit
der Festsetzung der neuen Waffenstillstandsbedingungen für
Deutschland betraut. Ihre Beschlüsse sollen morgen endgültig
farnuliert werden. Sie erstrecken sich sowohl auf wirt-
schaftliche, militärische und maritime Fragen,
wie auf die Frage der Verantwortlichkeit für den
Krieg. Der deutschen Regierung soll eine kurze Frist dafür
gewährt werden, ob sie die Bedingungen anzunehmen gewillt
ist. Bevor die Alliierten zur Drohung eines neuen
Ultimatums an Deutschland schreiben, beabsichtigen
sie, Informationen darüber einzuziehen, inwieweit die Beige-
rung Deutschlands auf tatsächlichen Rücksichten oder auf
bösem Willen beruht. Die Vertreter der französischen Regie-
rung im Obersten Kriegsrat haben die Forderung ausge-
sprochen, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen die
Friedensbedingungen für Deutschland im Keime enthalten
sollen.

Vor der Wiederverlängerung des Waffen-
stillstandes.

Der Auftakt neuer Forderungen.
Berlin, 11. Februar. Der Oberste Rat der Alliierten
sich der deutschen Obersten Oberleitung am 10. Fe-
bruar in Spa mitteilen, daß er von ihr eine Besondere
über das zurzeit in Deutschland vorrätige oder in den Fabriken
in Arbeit befindliche Kriegsmaterial verlange, insbesondere
über die Zahl der vorhandenen Maschinengewehre, der
schweren und leichten Geschütze, der Flugzeugmotoren
und der Seeflugzeuge. Er begründet diese Forderung mit
der Haltung der deutschen Obersten Oberleitung in der Polen-
frage und mit der Notwendigkeit, die Bedingungen zur
Verlängerung des Waffenstillstandes festzusetzen.

Genf, 12. Februar. Der Kriegsrat der Entente, der sich mit
der Erneuerung des Waffenstillstandes befaßt, ist auch am 10. Fe-
bruar noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Beratungen ziehen sich
auch wohl noch mehrere Tage hin, denn die Pariser Beitungen
rechnen bereits mit einer provisorischen Verlängerung des Waffen-
stillstandes unter den bisherigen Bedingungen bis Ende dieses
Monats.

Und doch Gegensätze bei den Alliierten.

Zugang, 12. Februar. (Z.N.) Die Gegensätze zwischen den
Alliierten in der Friedensfrage haben sich derart verdichtet, daß sich
nicht nur auf der Vorriedenskonferenz, sondern auch im
Obersten Kriegsrat zwei geschlossene Gruppen einander
gegenüberstellen. Dem „Secolo“ zufolge wird zwischen beiden Par-
teien augenblicklich ein lebhafter Meinungssturm über die Formu-
lierung der neuen Waffenstillstandsbedingungen ausgefochten. Die
unter französischem Einfluß stehende Fraktion tritt dafür ein, daß
die Alliierten während des Waffenstillstandes mit Deutschland rein
militärische Beziehungen unterhalten, während die Anhänger Wil-
sons die Meinung vertreten, daß als Sicherungen für den Waffen-
stillstand moralische und diplomatische Garantien
genügend sind. Die Entscheidung über diese Frage wird im Laufe
des heutigen Tages fallen. In den bisherigen Auseinandersetzungen
hat die amerikanische Auffassung das Feld behauptet.

Internationale sozialistische Untersuchungs-
kommission für Rußland.

Bern, 12. Februar. (Schweizerische Depeschengentur.) Die
Kommission, die auf Grund des Beschlusses der Internatio-
nalen Sozialistenkonferenz in Bern sich nach Ruß-
land begeben soll, um die dortigen Verhältnisse zu prüfen, wird
sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzen: Friedrich Adler
(Österreich), Kautsky (Deutschland) oder
im Falle der Verhinderung Dr. Sifferding, Redakteur der
„Freiheit“, Languet oder Paul Haurel (Frankreich),
Macdonald (England), Buzon (England) als tech-
nische Beirat, Buchinger (Ungarn), Thomas (Argentinien)
sowie je ein Vertreter aus Finnland und Italien, die später
beigezeichnet werden können. Der Zeitpunkt der Abreise ist noch fest-
zusetzen.

Deutsche Schiffe für Spanien.

Genf, 12. Februar. (SR) Nach der Meldung zufolge ist ein
Abkommen zwischen der spanischen Regierung und den Alliierten
zustande gekommen, daß Spanien die in seinen Häfen internierten
deutschen und österreichischen Schiffe für ihre Zwecke verwenden
darf.

Nach der Präsidentenwahl.

Heute vollzieht der erste Präsident der Deutschen Repu-
blik, Fritz Ebert, die Ernennung der neuen Regierung, die
sich unter dem Vorsitz Scheidemanns bilden und morgen mit
einer programmatischen Rede ihres Vorsitzenden ihr Amt an-
treten wird. Inzwischen läßt die oppositionelle Presse von
rechts und links ihren Wig an dem neuen Reichspräsidenten.
Die Höhe der Kritik von rechts wird durch die neckische Be-
merkung der „Täglichen Rundschau“ gekennzeichnet, der neue
Präsident riede noch nach dem Zuchtenleder, das er früher
verarbeitet. Dieser Sorte von Menschen ist der Gedanke,
daß ein Mann des Arbeiterstandes an die Spitze des Staates
gestellt worden ist, immer noch etwas unheimliches.

Während die „Tägliche Rundschau“ den geistvollen Ver-
dacht nicht unterdrücken kann, der neue Reichspräsident tolle
eine „Dynastie Ebert“ begründen, hilft sich die „Freiheit“, in-
dem sie die Dinge so darstellt, als seien der sozialdemokratische
Reichspräsident und der sozialdemokratische Ministerpräsident
nur Kulissen der Gegenrevolution, hinter denen
„die der Aufmarsch der dunklen Mächte vollzieht“. Säl-
lich würden sie aber von den kühnen Rechnern der Reaktion
mit Huftritten regaliert werden. Es hat den Anschein, als
ob die „Unabhängigen“ solche Huftritte gar nicht so ungern
sehen würden. Im Gegensatz zu ihnen haben wir zu dem
deutschen Volk, zu dessen Ehren sie sich gestern nicht einmal
von den Sihen erheben wollten, das starke Vertrauen, daß es
nicht nur alle Anschläge der Reaktion abwehren, sondern bei
den nächsten Wahlen die Herrschaft des demokratischen und
sozialistischen Gedankens sichern wird.

In der Entwicklung, deren sichtbareres Zeichen die Wahl
eines sozialdemokratischen Arbeiters zum Staatsoberhaupt
ist, gibt es kein Zurück. Wir wissen sehr genau, daß wir
keinen Anlaß haben, in Jubelstürmen über das Erreichte aus-
zubrechen, sondern daß es für uns noch sehr viel zu tun gibt.
Jahre- und jahrzehntelanger Arbeit wird es bedürfen, bis
die Wunden des Krieges vernarbt und ein gefestigter höherer
Kulturstand der Menschheit erreicht sein wird. Aber ver-
gebens bleiben alle Kräfte der Entstellung, die die Erkennt-
nis verhindern wollen, daß wir durchaus auf dem richtigen
Wege sind. An dem Tage, an dem ein Sozialdemokrat
Reichspräsident wird und einen Sozialdemokraten zum Mi-
nisterpräsidenten ernannt, kann die Sozialdemokratie noch
immer nicht allein die Herrschaft übernehmen. Herrschaft
einer sozialistischen Partei bedeutet noch nicht Herrschaft des
Sozialismus, mit ihr beginnt vielmehr erst der Uebergang
vom Kapitalismus zum Sozialismus ein ralderes Tempo
anzunehmen. Wer aber die Geschichte der sozialdemokratischen
Partei von ihren ersten Anfängen bis zu den letzten Tagen
überblickt, der sieht einen ununterbrochenen, planmäßigen
Fortschritt auf dem Wege zur politischen Macht, der weder
durch das Loben der Reaktion, noch durch die Quertreibereien
sektiererischer Schwärmer aufgehalten werden kann.

Wir sagen also nicht: „Soweit haben wir es schon ge-
bracht!“, sondern: „Nun aber weiter!“

Der neue Präsident der Republik, Fritz Ebert, wird zu-
nächst seinen Sitz in Weimar beibehalten, um mit der
Nationalversammlung und der Regierung in ständiger Füh-
lung zu bleiben. Später wird er seine Uebersiedlung nach
Berlin vollziehen, das Sitz der Reichszentrale bleibt. Es ist
selbstverständlich, daß der Haushalt des Präsidenten an repu-
blikanischer Einfachheit den aller anderen Oberhäupter
größerer Staaten übertrifft und auf Repräsentationspflichten
nur soweit Rücksicht nehmen wird, als dies unbedingt not-
wendig ist.

Das Haus, in dem der Reichspräsident in Berlin seinen
Wohnsitz nehmen wird, ist noch nicht bestimmt. Die Meldung,
daß das Schloß Bellevue bereits dazu ankersehen sei, ist falsch.
Der Ministerpräsidenten wird die bisherige Reichskanzlei auf-
nehmen, und auch die übrigen Reichsämter bleiben in der
Hauptstadt, wo sie sind.

Das neue Reichsheer.
Eine Gatte.

In einem Berliner Abendblatt wurde in einem Weimarer
Telegramm berichtet, der Rat der Volksbeauftragten habe eine
Vorlage über die Bildung eines neuen Reichsheeres verab-
schieden; die Friedensstärke dieses Heeres solle 250 000 Mann
betragen.
Dazu wird uns von zuständiger Seite erklärt, daß die
Meldung kein wahres Wort enthält.

Gemeindewahl
und Bevölkerungspolitik.

Von Adele Schreiber.

Die alten Lehren der Bevölkerungspolitik, ausgehend
von gedankenloser Ueberschätzung der bloßen Zahl, von mi-
litaristischem Wachstum unter völliger Hintanhaltung des
Frauenwillens und Frauenfühlers, sind von der Revolution
hinweggefegt.

Das Reich hat die Grundlagen neuer Bevölkerungspoli-
tik zu schaffen durch großzügige Staatsgesetze, dank derer die
Freude an der Elternschaft erleben kann, unter sorgfältiger
Schonung von Mutterkraft und Kindesleben — dieser kost-
baren Güter, mit denen das sichere System unverantwort-
liche Verschwendung trieb. Der Gemeinde fallen für die
Durchführung der sozialpolitischen und pflegerischen Maß-
nahmen wichtige Aufgaben zu, in wenigen Jahren können sie
nur angeordnet werden. — Die Grundbedingung gesunder
Bevölkerungspolitik, die Lösung der Wohnungsfrage läßt sich
nur auf neuem Wege erreichen, denn die enormen Kosten-
steigerungen für Materialien, Löhne, Kohlen usw. bedingen
für den einzelnen, Mieter wie Vermieter, eine Zwangslage,
in der es keine billigen Wohnungen geben kann. Nur ur-
eigennütziges Zusammenwirken aller Kräfte auf der Basis
des Gemeinheitsgefühls, gerechteste Lastenverteilung,
Ausgleich zwischen Wohnungsluxus und Wohnungselend,
Schaffung eines richtigen Verhältnisses zwischen Einkommen
und Miete, Ausnutzung neuer technischer Ideen, etwa Stufen-
häuser und dergleichen kann der Familie geben, was sie
braucht — Raum, Licht und Luft! Der Haushalt der Ar-
beiterfrau ist durch technische Errungenschaften zu erleichtern
— Ersparnis an Frauenkraft und Zeit kommt der Volksges-
undheit, der Kinderpflege, damit der Bevölkerungspolitik zu-
gute. Die „Heiligkeit der Familie“ braucht Ruhe und Ab-
geschlossenheit, hier geht es nicht um Form, sondern Wesen
der Ehe. Wer es damit ehrlich meint, muß das traurige
Schlafstellenwesen mit seinen ständigen Schäden bekämpfen,
den Alleinstehenden Heime bauen, in denen sie des Daseins
froh werden können.

Im Mittelpunkt der neuen Gemeindepolitik steht das
Wohl von Mutter und Kind. Der alte Staat schrie nach Kin-
dern und doch überließ er ihren Schutz Vereinen, die, an-
gewiesen auf private Wohltätigkeit, bei allem guten Willen
unzulänglich sein mußten. Noch bleibt ein ganzes Reg kom-
munaler Einrichtungen in ausreichender Zahl zu schaffen, die
von der Sozialdemokratie gefordert werden: — Krippe und
Kindergärten, Orte und Schulpflege, Spielplätze und Er-
holungsstätten, Heime für Schwangere, Wöchnerinnen und
Gesessene. Es kann kaum genug geahnt werden, um der Frau
ihre dreifache Last als Arbeiterin, Hausfrau und Mutter
tragen zu helfen. Furchtbare Jahre der Arbeit und Ent-
behrung haben in der Heimat Frauen- und Kinderkraft auf-
gezehrt, ebenso wie draußen die grauenhaften Kriegsvor-
gänge Leben und Gesundheit der Männer. Die Mütter, die
Trägerinnen der Volkzukunft, bedürfen vielfachster
Schützes. Wo blieb die gepriesene Mütter vor der Mutter-
schaft, als die alte Gesellschaft es täglich zuleh, daß Mütter
unmittelbar vor der Geburt ihres Kindes von Anstalt zu
Anstalt, von Tür zu Tür gewiesen wurden, weil bureaukrati-
sche Bestimmungen die Aufnahme verwehrten? Wie oft
mußten sie, gleich Bettlerinnen, ein Obdach suchen für die
schwere Stunde! Die Würde der Mutterschaft galt bisher
nicht als Freiheits, der Anrecht auf eine Freistatt
gab. Die neue Gemeinde, erfüllt von sozialistischem Geist,
soll bewirken, daß Mutterschaft weder Sorge für die Ehefrau,
noch bittere Not und Schande für die Unverheiratete bedeutet.
Gerode den bisherigen Varias der Gesellschaft müssen mo-
natelang vor und nach der Entbindung kommunale Schwangeren-
und Mütterheime offenstehen, sowie später, wenn sie
es wollen, größere und kleinere Heimstätten und Haus-
genossenschaften, wo sie gemeinsam mit ihrem Kinde
leben und arbeiten können, als geachtete, nützliche Glieder
der Gemeinschaft. Aus der Sonderstellung erlöst, dürfen
auch die Vaterlosen künftig keine Schattenkinder mehr
sein — sie werden als Gleichberechtigte heranwachsen, in der
nach Fähigkeiten abgestuften Einheitslehre, die von der So-
zialdemokratie für alle Kinder des Volkes gefordert wird.
Sie werden teilhaben an der umfassenden Jugendfürsorge
und Ausbildung, die als Ergänzung der Schule individuell
den Gesunden und Begabten ebenso gerecht wird, wie den
kränklichen, Abnormen und geistig Schwachen.

Jede gesundheitliche Vorbeugungsmaßnahme im Dienste der Tuberkulosebekämpfung ist wertvollste Grundlage der Bevölkerungspolitik, ebenso bringt Arbeitsbeschaffung, ausreichende Wohnung, Erleichterung der Eheschließung, gesunde aufklärende Erziehung beider Geschlechter, eine Eindämmung der Prostitution. Damit eng verknüpft ist die Frage der Geschlechtskrankheiten, die durch umfassende, unentgeltliche Behandlung und hygienische Belehrung ihrer schlimmsten Gefährten für Familie und Nachwuchs entleert werden müssen. Hebung der Lebenshaltung und der Volksbildung, Schaffung reiner Kunst- und Erholungsstätten sind wirksame Maßnahmen gegen sexuelle Verirrungen und Trunksucht. Auch sie dienen als unmittelbar der Bevölkerungspolitik, der Entlastung unserer Zukunft von siechen, entarteten Individuen, die niemand zuzuhilfen, eine Last für die Arbeit der Normalen, eine schwere Gefährdung der Gesamtheit bilden.

Die Durchführung der Gemeindeforderungen verlangt die besten Gemeindevertreter und einen großen Kreis geschulter Sozialbeamten. Hier ist die Arbeit der Frau in weitestem Umfang unerlässlich als Vertreterin der Familieninteressen im Stadtparlament, als Wohnungs-, Jugend- und Säuglingsfürsorgerin, als Lehrerin, Kerstin und Schulfürsorgerin, in der Tätigkeit für die Verirrten und Gefährdeten, die Tuberkulösen und Alkoholkranken, die Waisen und Waisinnen.

Nur mit wenigen Strichen konnten hier sozialdemokratische Forderungen zur Bevölkerungspolitik skizziert werden. Werht alle, damit die Sozialdemokratie aus den kommenden Gemeindeforderungen stark genug hervorgehe, um ihr großes, umfassendes Programm zu verwirklichen, das die Grundlagen bietet, für die Erneuerung körperlicher und geistiger Volkskraft. Freilich bedarf dies großer Mittel; der Neubau kann auch nur errichtet werden auf dem Boden von Frieden und Ordnung, nicht inmitten von erbitterten Kämpfen, von Gewaltstreichen und Gehehsmißhandlung. Jeder Tag der inneren Zwistigkeiten, der wilden Streiks, der unnützen Steigerung unserer ohnedies verheerenden Arbeitslosigkeit verzehrt die wirtschaftlichen Mittel, aus denen die Zukunft von Mutter und Kind erbaut werden soll und kostet das Leben von Geborenen und Ungeborenen, Geunde, glückliche Mütter, starke, frohe Kinder, ein wieder emporsteigendes Volk — wer darauf hofft, trete ein für die sozialdemokratische Partei und für ihre Lehre, daß Sozialismus Arbeit ist!

Deutsch-Tirol soll deutsch bleiben.

Verständigungsfrieden — nicht Gewaltfrieden.
In Deutsch-Tirol wohnen im Jahre 1910 geschätzt bei einander 821 222 Deutsche, erstreut 9885 Italiener. Lediglich Tirol wurde von 25 000 Italienern bewohnt und in Italienisch-Tirol lebten erstreut 13 450 Deutsche unter 860 847 Italienern. Italien verlangt nun das Tiroler Gebiet bis zum Rachen-Scheide, Brennerpaß und zum Toblacher Feld (bis zur Brennerlinie). Damit fordert es ein gutes Stück rein deutsches Land. Wenn den italienischen Wünschen in Forts Rechnung getragen würde, so würden 215 358 Volksgenossen vom „geschlossenen“ deutschen Stamme verloren gehen. Die Folge der Annexion von fast 1/4 Million Deutschen würde tödlicher eine starke Irredenta und eine ständige Gefahr für den Frieden erzeugen.

Die Welt verlangt einen Verständigungsfrieden. Italien aber fordert den Gewaltfrieden. Es will ganz Südtirol und außerdem noch einen Riesenteil von Deutsch-Tirol.

Deutschösterreich dagegen will, daß allen Volksteilen volles Recht werde, es will den Verständigungsfrieden und verlangt darum eine Volksabstimmung unter allen Völkern Tirols. Durch diese Abstimmung sollen die Völker Tirols über ihre staatliche Zugehörigkeit selbst entscheiden. So nur kann man den Verständigungsfrieden machen!

Dr. Ledini in Freiheit. Wie die „Mündener Neuesten Nachrichten“ melden, wurde der verhaftete Sozialistenführer Dr. Ledini auf Verfügung des Staatsanwalts wieder auf freien Fuß gesetzt.

Der Mann auf Niemandsland.

Von Artur Bidler.

Lukas, den sie den Philosophen nannten, schritt durch den Graben. Er hatte ein glückliches Wächeln im Gesicht, grühte in diesem Maß die Wägen, sie lädelten und grühten wieder. Er war also aus der Hölle gekommen, der blonde Bär! (Jahnschmerzen halber habe er sich verborgen, wurde gesagt; die ihn aber sannten, hießen es sich selbst.) Er hob witternd den Kopf in die laute Luft, der Himmel war in verschmierter Gasse, wie die Käseglode eines Berliner Budikers, über das Land gestülpt. Eine Granate gurgelte wo aus einer Kanonenbrust und plachte vor Lukas.

Lukas behielt sein unheimliches Wächeln. Eine Viertelstunde war der Graben um ein Erlebnis reicher: daß der Philosoph in der Nähe von Sarpe Reibholz auf die Dedung geprüngten und losgegangen sei. Weiß der Teufel, hal Welt sei er nicht gekommen in Niemandsland, da habe es gepflanzt — weg war der Duffen. Zweifellos war er verrückt geworden, der arme, liebe, seltsame Mensch.

Heute geflehten sich zueinander, stellten Fragmente zu einem Rekrutlog zusammen und beschloßen, den Kerl vor dem Tagwerden heimzuführen.

Lukas lag mit einem englischen Offizier und einem medienburgischen Infanteristen in einem Granatloch. Der Mond kroch, eine schmutzige gelbe Schildebröte, faul an der Nachwand empor. Lukas richtete sich zu lodender Ostung auf und sah seine beiden Kameraden schwarz ins Auge. Der Engländer lehnte am Erdreich, die Beine angezogen; sein Kopf, auf die Brust gesunken, war in diesem Nachsinnen verloren. Haarlos glänzte sein hoher Schädel. Der Medienburger lag etwas auf der Seite, das dicke Gesicht war durch einen wolkigen Schal vom Körper abgehunden.

Lukas begann mit leiser, tiefer Stimme zu sprechen: „Kameraden! Bürger auf Niemandsland! Nehmen Sie mir nicht übel, daß ich zu Ihnen spreche — ich weiß, was uns trennt. Eins aber haben wir gemein: wir sind hier und abgetan, Erde wird nach und geworfen, nachdem wir zu Weltgeschichte verarbeitet worden sind. Bücher werden über uns geschrieben, die wir Gott sei Dank nicht mehr zu lesen brauchen. Bücher der Klage und des Triumphes, der Hoffnung und der Niederlage; aber für uns ist es gleichgültig, ob wir auf einer Insel oder in den Bergen oder auf welchem Lande geboren sind, ob wir grau, blau oder braun zum Sterben gekleidet wurden.“

Neber und hinweg wühlten sich die Köpfe der Geschosse, über und hinweg trugen die Winde die Sorgenlieder wie die Marschklänge des Liebermuts.

„Was sind Stimmen im Weltkamm? Was werden wir essen? Was werden wir trinken? Was mit werden wir und Neiben?“

Gut, wir können sagen, daß uns das nichts angeht, wir können sagen, daß wir nichts mehr brauchen, und können den Kopf nach unten dröhen.

Der Konflikt in Münster.

Auflösung der Sicherheitswache.

Aus Münster wird berichtet: Ein Erlaß des Kommandierenden Generals ordnet die sofortige Auflösung und Entlassung der in Münster stehenden Sicherheitswache und der Sicherheitsstruppen des Generalsoldatenrates und die Bildung einer Stadtwache an, die im Einvernehmen mit dem Bezirkssoldatenrat erfolgen soll. Die Stadtwache soll im Verein mit den Truppen der Garnison die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und gegebenenfalls die städtische Polizei verstärken. Es dürfen nur unbedingt zuverlässige, in Münster ansässige Leute eingestellt werden.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind nach vorausgegangenen Verhandlungen zwischen dem Generalkommando des 7. A. K. und einem kleinen Teil der noch auf freiem Fuß befindlichen Mitglieder des nunmehr aufgelösten Generalsoldatenrates des 7. A. K. diejenigen, die nur Angestellte des Soldatenrates waren, heute nachmittag freigelassen worden, während die übrigen noch festgehaltenen Militärpersonen zu ihrem Truppenteil, die nicht mehr im Militärverhältnis stehenden nach ihrem Entlassungsort abtransportiert werden.

Mißlungener Putschversuch in Hamburg.

Neuwahlen zur Bürgerchaft am 16. März.

Zu einer heftigen Schießerei kam es Dienstagabend in der großen Freiheit in Altona. Dort sollte von meist halb-wüchsigen Putschisten ein Putsch auf die im Englischen Garten untergebrachte Kompanie des Infanterie-Regiments 81 ausgeführt werden, was nicht gelang. Die Angreifer wurden zurückgeschlagen. Hierauf zogen sie nach der Polizeiwache in Sankt Pauli, wo ihnen dasselbe Los zuteil wurde.

In der gemeinsamen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde die Verordnung betreffend die Neuwahlen der Bürgerchaft angenommen mit einigen redaktionellen Änderungen, durch die die Neuwahl um acht Tage früher gelegt wird. Danach finden die Wahlen bereits am 16. März und nicht am 22. März statt.

Am Dienstag trafen in Bremen aus Turbuden Vertreter des Arbeiter- und neugewählten Soldatenrates bei dem Kommando des Landesjägerkorps ein, um sich über die Absichten des Kommandos zu unterrichten. Die Vertreter teilten mit, daß in Turbuden allgemeine Ruhe herrsche, die Haupttrabanten der Spartakisten seien aus Turbuden verschwunden. Der Arbeiterrat setzt sich zum großen Teil aus Mehrheitssozialisten zusammen; eine kleine Minderheit bestehe aus unabhängigen Sozialisten, Angestellten und Vertretern der bürgerlichen Parteien.

Streit um den Grenzschutz.

Drohender Bürgerstreik in Danzig — Absetzung des Generals v. Below verlangt.

Aus Danzig wird gemeldet: Ein großer Bürgerstreik drohte in Danzig auszubringen. Der Arbeiter- und Soldatenrat und der Volksgauauschuß bestanden auf ihrer Forderung, die auf dem Hagelberg untergebrachten Grenzschutztruppen, die sie für reaktionär haltene, eventuell unter Anwendung von Waffengewalt zu entlassen. Sie haben geplant, mit Arbeitern und ihnen ergebenen Truppen den Hagelberg zu säubern. Der Danziger Bürgererrat, in den sämtlich Organisationen der Bürgerchaft von Handel, Industrie, Handwerk und die Beamten der Reichs-, Staats- und Kommunalbedörden zusammengefaßt sind, hat sich geschlossen hinter das Generalkommando gestellt, das die Auflösung dieser Truppe verweigert, weil jeder einzelne Mann der Truppe für die sozialistische Regierung und die Republik verpflichtet worden ist. Die Truppe somit als vollkommen regierungstreu anzusehen sei. Auf ein Telegramm des Bürgerrates an die Reichsregierung in Berlin sandte diese im Auftrag des Vollsbeauftragten Kossel an den Danziger Volksgauauschuß folgendes Telegramm:

Sie fragen mich, was ich von Ihnen will? Strecke deine Hand vor, deutscher Kamerad, deine schwere, harte, erdige Hand. Ich sehe einen goldenen Ring. In Ringen freisen die Rebel der Ewigkeit, in Ringen reigen die Kinder der Sonne um die Götterin. Selbst die kalten Reliquien der Monde säwingen ihre Rumbahnen weiter: so sind wir noch alle in der Zirkelweite und schwimmen im Golfstrom des Lebens.“

Lukas schrie, eine Blickstunde heilte auf, für Sekunden langten silberne und schwarze Edwmen im Gelände.

„Brute, deine Augen grühen das Licht einer grünen Kastei, und deine kalten Lippen sprechen: England.“

Ich sehe die roten Augen taumeln, denke und meine in mich hinein: Deutschland. Ich lebe die Eöhne der Mütter durch flammende Tore in die Gefilde des Todes ziehen, hinter ihnen wachen gitternde Hände den fargen Ader, und weinende wachen die Wunden, die so blut sind wie die Wächter der Hungernden. In den bälischen Steinflöhen jagen sich die Nieren, das Eisen deut und giert nach warmem Fleisch und wimmern den Serlen. Die an den Maschinen stehen, hören das Schicksal singen, empfinden mit innerem Gesicht das kalte Wächeln der Materie und freisen die eisigspürnde Luft in sich hinein, die wandert ins Blut und wird das. Der kreisende Maß wird die rote Sonne gebären, die dann über den Bergen schwebt, die Wächter werden rot erglühen, als wären sie gesund geworden; nein, sie sind im Fieber, sie sind so der Freuden voll, die Finger tasten über die Lippen, um die roten Blumen zu pflücken — von denen der Arzt weiß, daß es Friedhofsdosen sind! Sterben wird, was gestern war, und sei es das rote Leuchten des Abends, die Erben sitzen an den langen Tischen der Konferenzen; töricht, empört und verärgert, Aug tapfer und vorsichtig, wie sie immer waren, werden sie hart und unerbittlich, trotz, besorgt und bedrohlich tun — je nachdem.

Das ist unsere Stunde, Bruder vom Inselvolk!

Die vernarrten Wunder, der Erde brechen dann auf, wir werden uns auf die Hände stellen, hoch in die grauen Wolken rogen und auf den vorgestreckten Handflächen die Welt halten, die wir hingegeben haben. Die Heere der Namenlosen von Niemandsland werden sich formieren, ihre Kolonnen werden auf allen Strahlen Europas marschieren, unbeflegbar, mit weißen Köbnen.

Unsere Männer lebten liefsüchtig an den Emporen der Parlamente und stummen für die Menschheit, sie sitzen in den Stuben der Mägigen der Länder und flühen ihnen Kraft ein, daß sie die Scheu abwerfen, vor das Volk hintreten und mit den Engelszungen ihres Herzens reden. In den Kontoren sollen das düsternabgeworbene Blut und der zahlenerkarrte Schweiß austreten, um wieder Leben und freudige Arbeit zu sein. Die blanken Schienen, die rollenden Wägen, die Maschinenarme müssen untertänig sein der Gewalt unseres Schattens und unseres Willens, die Hebel zurückzureifen, wenn die Eisenbestie knurrt. Die Töchter des Volkes sollen ihre Schönheit nicht mehr zu Parke tragen, vielmehr das Schmelzen ihrer Kräfte und die Fülle ihres Leibes als ein Geheimnis hüten dürfen, das sie nur der Liebe offenbaren. Bei jedem wollen wir sein, der seine Eiten zu den Eiern hat und die Heiligkeit des Lebens begreift.

Es wird Beschwerde geführt, daß sich der Ausschuß Eingriffe in tatsächliche Führung und Organisation des Grenzschutzes annehme. Das weiß Reichsregierung auf Entschieden zu sein. Wegen weiterer Eingriffe wird Reichsregierung verstehen, die Ausschußmitglieder mit aller Strenge zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Danziger Bürgererrat hatte beschlossen, in Danzig den Generalsstreik zu proklamieren wenn der Volksgauauschuß nicht in letzter Stunde von seinen feindlichen Absichten abläßt.

Wie jedoch mitgeteilt wird, ist der Bürgerstreik in letzter Stunde durch Einlenken des Volksgauauschusses vermieden worden. In einer Sitzung des Volksgauauschusses mit den A. und S. und den Betriebsarbeiterräten wurde beschlossen, die strittige Angelegenheit noch einmal der Reichsregierung zu unterbreiten und ihr deren Entscheidung zu überlassen. Die Versammlung nahm aber einen Antrag an, den kommandierenden General des 17. Armee Korps, Otto von Below, und mehrere Offiziere seines Stabes abzusagen.

Eine Protestkundgebung.

Wir werden um Veröffentlichung folgender Aufschrift ersucht:
Grunewald, 11. Februar 1919.
Osefstr. 9.

Sehr geehrter Herr Professor Nicolai,
Ich beantworte gern Ihren Wunsch: einen öffentlichen Widerspruch gegen Liebnechts Tötung zu unterzeichnen.

1. Eberts Regierung hat eine Untersuchung (Unter Aufsicht der Unabhängigen) eingeleitet.

2. Sie hat also nicht etwas „Schweigend geduldet“, wie Sie sagen.

3. Liebnecht (dieser edelbeschränkte Hauptthäter einer sozialistischen Realentwicklung, der ihr zehn Millionen Stimmen und die Alleinmacht geraubt hat . . . und bei ruhendem gutem Willen der intellektuellste Schädling war) ist bestimmt kein „gemeiner Verbrecher“. Er hat auch nicht den Tod eines gemeinen Verbrechers. Sondern den irregulär gewaltigen Tod, den er so manches Mal vom „Vorwärts“haus gesandt ins Tal. Dieser Tod findet menschlich mein Bedauern.

4. Die ganze Revolutionbewegung begann (in Kiel) mit Totschlag. Ich hätte den geistigen Weg vorgezogen. Wenn jetzt von Ihnen der Ruf gegen die Tötung Liebnechts usw. erhoben wird, ist es nicht nur einseitig, sondern wirkt auch der Eberts-Regierung (d. h. der jetzt noch möglichen sozialistischen Realentwicklung; sie sei, wie sie sei) neue Anspögel zwischen die Waden. Eberts Regierung hat aber . . . siehe sub 1.

Folgerung: Ich gebe meine Unterschrift gern unter dem Vorbehalt gleichzeitigen Abdrucks dieser Wahrheiten.

Hochachtungsvoll Alfred Kerr.

Haltlos, grundsatzlos, innerlich unwahr!

Die Politik der Unabhängigen.

Die „Freiheit“ schreibt:

Wenn der „Vorwärts“ die Politik der U. S. V. D. als „nationalliberal“ bezeichnet, so erwidern wir darauf: Nationalliberale Politik ist eine haltlose, grundsatzlose und innerlich unwahre . . .

Ganz recht! Die Politik der Unabhängigen ist haltlos, denn sie trüht immer mit dem Ausschluß der Spartakisten mit. Sie ist grundsatzlos, denn sie hat den Grundgah der Demokratie preisgegeben und begeistert sich jetzt, wenigstens äußerlich, für ein Zweifelsamersystem, das neben die allgemeine Volksobervertretung ein berufständisches Parlament stellt. Sie ist aber ganz besonders auch innerlich unwahr, denn die Unabhängigen wissen ganz gut, daß der Spartakismus die Arbeiterklasse in den Sumpf führt, aus tatsächlichen Gründen versuchen sie aber immer wieder wilsden ihm und der Sozialdemokratie unmögliche Kompromisse. Darum verdienen die Unabhängigen den von der Deutschen Volkspartei abgelegten Namen der Nationalliberalen.

Die Gräser beben, der Tau schlägt nieder, laht uns schlafen, Brüder, und warten, bis die Trompeten blasen.“

Lukas neigte das Haupt.

Der Mond hatte sich verborgen, Wägen husteten, und der Tag blähte bald wie eine weiße Aker.

(Simplicissimus.)

Ein Ernährungsplan für die nächsten Wirtschaftsjahre

Es wird im Interesse der gesamten Volksgesundheit für die nächsten Wirtschaftsjahre ein eigener Ernährungsplan durchzuführen sein, sollen die Schäden des Krieges einigermaßen wieder gutgemacht werden. Diesen Ernährungsplan läßt Dr. Teilhaber in einem Kelerat im Pflanzener Reichlichen Bezirksverein in folgenden Forderungen zusammen: Vollständige Einbuße von Reis, Einbuße von mehr Mehl als Getreide, Ausmahlung des Mehls für Kranfendrot und Haushaltungszwecke auf 75 Proz., Import und Anbau von Getreidearten zur Fettgewinnung, Verteilung einer größeren Getreidequote und einer größeren Menge von Getreidepräparaten, sowie von Kartoffelmehl, vermehrter Anbau von Hülsenfrüchten, Gemüsen, Obst und Puderzucker. Neben jede Maßnahme soll verstärkte Propaganda getrieben werden und die Lebensmittelrationen wohl vorläufig nicht erhöht, der Lebensmittelwucher aber schwer bestraft werden. Mit Rücksicht auf unsere Finanzlage wäre es anstößiger, wenn uns anhalt Fleisch mehr Reis, kondensierte Milch, Käse und Eier geliefert würden. Ein kilo Reis hat 4500 Kalorien, während ein kilo mageres Fleisch nur 1000 hat und dabei wesentlich teurer ist. Im Rahmen der Vorschläge des Dr. Teilhaber findet sich auch die Forderung, daß das Innere der Gersten- und Daserföner nicht vorwiegend für die Erzeugung von alkoholischen Getränken und zur Viehfütterung verwendet werde. Darum müsse die Bierbereitung eingeschränkt und das Tümbier beibehalten werden. Seit dem Kriege haben wir mehr als eine halbe Million Todesfälle, die auf Unterernährung zurückzuführen sind. Um dieses Unheil weiterhin abzuwenden, muß eben unsere Ernährungspolitik in den nächsten Wirtschaftsjahren auf eine neue und richtigere Grundlage gestellt werden.

Notizen.

— Ein Elternbund „Neue Schule“ hat sich gebildet. Er will feststellen, welches die Ursachen der bisherigen Mißerfolge des Schulbetriebes sind, es sollen dann die in allen Kulturländern vorhandenen Versuche und Ansätze zu Verbesserungen geprüft und begutachtet werden; endlich wird geplant, Versuchsklassen und Versuchsschulen zu errichten, in denen die Reformgedanken praktisch erprobt werden. Diese Kurse sollen öffentlich stattfinden. Näheres über den Bund, dessen Ehrenpräsident Prof. W. Cismald, Leipzig, ist, durch R. K. Grunewald, Berlin W. 9, Vinftr. 89.

— Heinrich Vogelz, Kommunist, Heinrich Vogelz, der Vordredende der Bewegung in Bremen führend mitwirkte, ist geschnitten. Der Schriftsteller Hermann Dörffler, der Adjutant Vogelz, wurde in der Nähe Bremen verhaftet.

Zur Ermordung Liebknechts und Luxemburgs.

Schwere Anschuldigungen der „Roten Fahne“.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer einen ausführlichen Bericht über die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, für dessen Richtigkeit wir ihr natürlich die Verantwortung überlassen müssen. Es wird darin behauptet, daß die Jäger zu Pferde Runge und Träger und der Chauffeur Göttinger den Mord ausführlich verabredet und sowohl Liebknecht wie Rosa Luxemburg, als sie aus dem Eden-Hotel gebracht wurden, mit Kolben niedergeschlagen haben. Die Offiziere, die Liebknecht und Rosa Luxemburg begleiteten, hätten das nicht verhindert. Den angeblichen Mordversuch Liebknechts bezeichnet die „Rote Fahne“ als eine Fälschung, vielmehr hätten die Liebknecht begleitenden Offiziere den von den Kolbenschlägen noch halb Bewußtlosen mit Absicht nach einer dunklen Stelle des Tiergartens verschleppt, auf einen völlig unbesicherten Fußweg geführt und dort aus aller nächster Nähe erschossen. Den ersten Schuß habe der Kapitänleutnant Pflug-Hartung abgegeben. Von Rosa Luxemburg behauptet die „Rote Fahne“, daß der Oberleutnant Vogel die lebenswichtigen Teile der nächsten Entfernung mit der Pistole durch die Schläfe geschossen habe.

Die „Rote Fahne“ beschuldigt danach den Kapitänleutnant von Pflug-Hartung und seine Begleiter des Mordes an Karl Liebknecht.

Den Oberleutnant Vogel des Mordes an Rosa Luxemburg.

Die Jäger Runge, Träger, Göttinger des Mordversuches, Mordes und der Beihilfe dazu.

Den Hauptmann Papp der Begünstigung der Mörder, weil er bereits am selben Tage von dem Mord Kenntnis erhalten und pflichtwidrig die erforderlichen Maßnahmen unterlassen habe.

Den Hauptmann Petru der Anstiftung zum Mord, weil er Worte gebraucht habe wie: „Der Keel lebt noch, schlägt den Hund tot!“

Den Hoteldirektor Ott vom Eden-Hotel der Anstiftung zum Mord, weil er versucht habe, das Hotelpersonal zu falschen Aussagen zu verleiten.

Es läßt sich nicht verkennen, daß dies außerordentlich schwere Anklagen sind. Wir verlangen, wie wir das schon vom ersten Tage an verlangt haben, strengste Untersuchung dieser Beschuldigungen. Die sehr detaillierten Darstellungen der „Roten Fahne“ läßt darauf schließen, daß sie Beweismaterial an der Hand hat. Dieses Beweismaterial muß auf das genaueste geprüft werden. Bestätigt sich der behauptete Sachverhalt, so ist gegen die Schuldigen mit der ganzen Strenge des Gesetzes rückwärtslos vorzugehen.

Der alte Zopf wird abgeschnitten.

Die Beamten und das neue Zeitalter.

Wie wird mehr geschwindelt, als vor den Wahlen. Die verflochtenen Wahlen zur Nationalversammlung und zur preussischen Landesversammlung haben dazu die tollsten Pelegrinagen geliefert. Der bürgerliche Klüngel, einschließlich der Demokraten, hat fortgesetzt die Beamten mit erschütternden Märchen über die bösen Absichten der Sozialdemokratie auf die wohlverordneten Rechte der Beamtenerschaft zu ängstigen und ihre Stimmungen damit für sich zu fangen gesucht. Ein Beamter hatte sich deshalb in einem Briefe an uns gewendet. Wie haben diesen Brief der Reichsleitung weitergegeben. Da auch bei den bevorstehenden Kommunalwahlen hinsichtlich die alten Klagen neu ausgegeben werden, teilen wir hier die Antwort der Reichsleitung auf diesen Brief mit:

Die Redaktion des „Vorwärts“ überwiegt und Ihr Schreiben vom 21. Januar zur Kenntnisnahme. Wir möchten zu Ihrer Information folgendes mitteilen:

Wenn von gewisser Seite versucht wird, unter den Beamten damit Stimmung zu machen, daß ihre Stellen gefährdet sind und sie Gefahr laufen, entlassen und durch sozialdemokratische Beamte ersetzt zu werden, so ist das unrichtig. Allerdings muß eine sozialdemokratische Regierung darauf sehen, daß die letzten Stellen im Staate, die für die Durchführung der allgemeinen Politik von Wichtigkeit sind (Minister und Staatssekretäre, Ober- und Regierungspräsidenten, Landräte und ähnliche Beamte), von Leute besetzt sind, die nicht gegen die von der Regierung betriebene Politik arbeiten. Deshalb ist es selbstverständlich, daß diese Posten, soweit sie bisher von reaktionären Beamten besetzt sind, deren Tätigkeit auf eine Wiedereinführung des alten Systems hinausläuft, durch Anhänger des neuen Systems ersetzt werden. Bei allen übrigen Beamten denkt die Regierung oder die Sozialdemokratische Partei gar nicht daran, ihnen irgendwelche Vorwürfe über ihre politische Gesinnung zu machen, soweit sie nicht ihr Amt zu einer bestimmten politischen Verwendung missbrauchen. Daß daneben die wirtschaftlichen Rechte und Ansprüche der Beamten auf Gehalt, Pension usw. in vollem Maße anerkannt und gesichert werden, ist selbstverständlich. Wir bitten Sie, in diesem Sinne ausdauernd unter den Beamten zu wirken.

Die Plünderungen im Schloß

Beschäftigen jetzt die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei. Daß der Wert der geplünderten Gegenstände in die Millionen ging, ahnte man schon lange. Aber jeder Tag der Nachforschungen und Feststellungen steigert noch die Summe. Auch viele kostbare Gemälde sind von den Händen, nicht minder wertvolle Geschenke von Souveränen aus den eroberten Kabinetts verschwinden, von den Kleiderkammern und dergleichen ganz zu schweigen. Die Kriminalpolizei stellt jetzt alles genau fest und übergibt ihr Material an die Staatsanwaltschaft. Dabei erfährt man nun auch, wieviel Revolutionen es innerhalb des Schlosses gegeben und wieviel „Kommandanten“ das Schloß gehabt hat.

Als die Feinde sich mehrten, daß die Umwälzung vor der Tür stand, war das Schloß so gut wie kahl. Noch am 8. November, am Tage vor der Revolution, befanden sich darin nur der Oberleutnant mit wenigem Personal, das ihm untergeordnet war. Da kamen an diesem Tage mehrere Offiziere mit Kommissaren und Postbeamten, die gemeinsam das große Gebäude bewachen und schützen sollten. Es wurden alle Vorbereitungen getroffen, um das Schloß gegen jeden einzelnen Angriff zu halten. Es war also zu erwarten, daß es zu einem erbitterten Kampfe kommen werde. Aber es kam hier, wie an mehreren Stellen, anders, als man gedacht hatte. Überall sollte Mordversuchen vermieden werden. Schon von 8 Uhr nachmittags an wurde die bis dahin scharf gehandhabte Überwachung der Eingänge nicht mehr aufrecht erhalten. Das Publikum drang in die Höhe ein, schrie und lobte dort wo es wollte. Die Offiziere, die die Eingänge von den Höfen nach dem Schloß hinwärts waren abgeschlossen worden und niemand machte sich daran, sie etwa aufzubrechen. Um 8 1/2 Uhr lenten Militär und Polizei die Überwachung des Schlosses nieder und verließen zum größten Teil das Gebäude. Es drangen immer mehr Leute in die

Höfe ein, Stübchen und auch Soldaten, mit und ohne Waffen. Auch jetzt blieb es noch beim Schloß. Draußen schied unterdessen die Menge immer mehr an, auf dem Schloßplatz und besonders im Lustgarten. Hier nahm sie allmählich eine drohende Haltung an. Da brach sich ein Mann, der sich Schlesienger nannte. Wahrscheinlich Oberleutnant, begehrt und erhielt von ihm Einlaß und ließ sich im Balkonzimmer im ersten Stock nach dem Lustgarten hin öffnen. Vom Balkon aus erklärte er der Masse, daß das Schloß jetzt Nationalbesitz sei, das nicht angerührt werden dürfe. Jede Plünderung müsse unterbleiben. Zum Wasserzeichen behängte er den Balkon mit einer roten Tende. Die Menge begrüßte die rote Farbe mit jubelndem Beifall, und Herr Schlesienger verschwand wieder. Die wenigen Soldaten, die noch dazugeblieben waren, aber saßen, daß sie auch nichts mehr verrichten konnten und traten nun hinaus. Um 1/4 Uhr kam Karl Liebknecht. Unter Androhung von Passivgewalt forderte er, ihm einen Fensterlaß zu öffnen. Eine Menschenmenge strömte hinter Liebknecht herein. Liebknecht feierte die Revolution und händte auch noch ein rotes Tuch hinaus. Diesmal war es ein Türvorhang, der zu diesem Zwecke abgehängt wurde. Bald nach dem Abzug Liebknechts und seines Gefolges kam ein neuer Trupp, der ein Stück rotes Tuch brachte und auf dem Schloß aufzog. Unter den Besuchern befanden sich immer noch besonnene Leute, die dafür sorgten, daß die geöffneten Türen auch wieder verriegelt wurden. Gestohlen oder geraubt wurde noch nichts. Bald aber kam ein Mann namens Brach und verlangte von dem Oberleutnant Auffschließung der Innenräume, damit er nachsehen könne, ob sich noch Offiziere und Soldaten darin befänden. Dieser Mann übernahm, wie er weiter sagte, das Kommando im Schloß. Er war also der erste Kommandant. Die Folge seines Benehmens war, daß das Publikum ungehindert in einen Teil der Räume einbrang und mit der Plünderung begann. Aber es blieb auch jetzt noch bei mehr heimlichen und kleineren Entwendungen. Abends ließ sich der „erste Kommandant“ nicht mehr von dem Oberleutnant begleiten, sondern befahl ihm, in seiner Wohnung zu bleiben. Er selbst erklärte, daß er das ganze Schloß auf die Fernsprechanlagen untersuchen müsse, weil geheime Verbindungen mit königstreuen Truppen beständen. Er suchte auch, fand aber natürlich nichts, weil es solche geheime Verbindungen nicht gab.

Von einem Fenster aus sah der Kastellan, daß jetzt die Kleiderkammern des Kaisers ausgeplündert wurden. Gegen 11 Uhr abends besuchte den Oberleutnant ein Mann in Offiziersuniform ohne jede Abzeichen. Er stellte sich vor als ein Herr von Wedel, verwandter der Hofdame der Kaiserin Kräulein von Werderhoff, und erklärte, daß er im Schloß wieder Ordnung schaffen wolle. Schon am 10. November hielt ein Präter der Schwarzschloßwerke namens Pufalowski an die Stübchen und Soldaten, die sich wieder einneulungen hatten, eine Ansprache und forderte sie auf, einen Kommandanten zu wählen. Sie wählten ihn selbst verlangten aber, daß er zum Zeichen seiner Würde eine Uniform anlege. So saß er mit einem. Mit einem dazu gemählten „Delegierten“ benach er sich in die Kleiderkammer des Kaisers, verlauchte seine Uniform mit einer Phantasiuniform, die man aus der Garderobe des Kaisers zusammenstellte. Auch einen wertvollen Stiefel nahm er noch dazu. In dieser Ausstattung fuhr der dritte „Kommandant“ mit einem Kraftwagen nach dem Reichstag. Von dort brachte er abends die Verabredung vom Exekutivkomitee, daß er rechtmäßiger Kommandant des Schlosses sei. Sie verabschiedete ihn auch eine Weile. Am nächsten Morgen ernannte Kommandant Pufalowski einen Unteroffizier Kaiser zu seinem Adjutanten. Kaiser gewann bald Anhänger unter Leuten, die er reichlich mit Lebensmittel versah. Dann rief er sich selbst zum Kommandanten aus. Das Wäre zu wählen auftritten. Pufalowski trat seinem Nebenbuhler mit geladenem Revolver entgegen und rief: „Hände hoch!“ Kaiser folgte. Die meisten seiner Anhänger ließen ihn im Stich. Keiner aber ihn her, schimpften ihn einen großen Plünderer und erklärten ihn für verhaftet. Da erklärte Pufalowski die Verhaftung für nichtig. Der vierte Kommandant war damit erledigt. Der fünfte war ein Stübchen Pantom, wie sich später ergab, ein oft vorübergehender Mensch. Er brachte es im Hundwundern dahin, daß er Kommandant und Pufalowski seines Amtes enthoben wurde. Pufalowski aber ernannte er den Bekürzten zu seinem Sekretär und behielt ihn an seiner Seite. Das erste und einzige, was der neue Kommandant unternahm, waren Raubzüge mit dem Panzerautomobil, das sich der Kaiser hatte bauen lassen. So fuhr er u. a. nach Landsberg, um das Proviantamt zu plündern. Der Oberleutnant hatte unterdessen auf Befehl Pufalowskis mit allen Schlossbewohnern das Haus räumen müssen. Nur der Kastellan Krause und der Polier Schönfelder waren zurückgeblieben. Den Vorwand für die Entfernung des Oberleutnants botte die Behauptung abzugeben, daß immer noch geheime Telefonverbindungen mit kaiserlichen Offizieren beständen. Die Revolüt unter den drei Männern dauerte fort, bis die Rationsherrschaft dem ganzen Triumphzirkel ein Ende machte. Die Rationisten kamen in großer Menge, besetzten die Eingänge und besetzten alle Räume. Sie kamen „zum Schutz des Schlosses“. Unter diesem Schein saßen sie auch alle, die sie vorfanden, zur Verantwortung, auch Pufalowski, Kaiser und Pantom. Sie wurden auf gefühllose Sachen unterworfen, aber man fand nichts bei ihnen. Mit der Herrschaft der Rationisten setzten die Räuberereien in großem Maße ein. Sie ist ein zweites, erblich begabtes Kapitel.

Gewerkschaftsbewegung

Allgemeiner Streik der Handelsarbeiter.

Von der Streikleitung wird und geschrieben: Heute morgen sind circa 5000 Handelsarbeiter der Kauf- und Warenhäuser und Spezialgeschäfte Groß-Berlins in den Ausstand getreten. Der Arbeitgeberverband im Einzelhandel hat den am 6. d. M. gefällten Schiedspruch des Einigungsamts nicht anerkannt. Die Streikenden haben bis jetzt den Frieden gewollt, ihre Forderungen sind so minimal und stehen in gar keinem Verhältnis zu den heutigen Verhältnissen. Zunächst streiken die Arbeiter für die Anerkennung des gefällten Schiedspruchs, der einen Anfangslohn von 55 M. und einen Höchstlohn von 75 M. vorsieht.

Das kaufmännische sowie das übrige gewerbliche Personal haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Die Gesamtzahl der in den Ausstand getretenen beträgt circa 20000.

Die Berliner Bevölkerung wird ersucht, die Streikenden in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen.

Alle diesbezüglichen Anfragen und Mitteilungen sind an das Zentralstreikbureau, Köpferstr. 6, bei Cassa, zu richten. Telefon: Zentrum Nr. 7446.

Infolge des Streiks sind die Kaufhäuser der Firmen Jandorf, Tieg und Wertheim geschlossen.

Wolfs Bureau verbreitet nachstehenden Bericht: Berlin, 12. Februar. Der Streik der Hausdiener in den Warenhäusern von A. Wertheim und Hermann Tieg hat sich auch auf große Spezialgeschäfte ausgedehnt. In den Geschäftshäusern von Vette, Vud u. Ladmann, Cuhov Gords, Kerken u. Tateur, Maaren u. Co. und Bernold Müller haben die Hausdiener ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Streikenden verhindern die kaufmännischen Angestellten am Eintritt in die Geschäftshäuser, so daß diese zum Teil geschlossen worden sind. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist die Leipziger Straße mit Militär besetzt worden. Bei Grünfeld streiken von 800 Angestellten etwa 90 Hausdiener, bei Herbig u. Eßne, Leipziger Straße 9/10, von 450 nur 1. A. Wertheim, Leipziger Straße 126/127 bei seinen Betrieb vorläufig geschlossen. Das kaufmännische Personal der Firma will eine Versammlung um 2 Uhr nachmittags im Lustgarten abhalten, um sich darüber schlüssig zu werden, ob es sich mit den Hausdienern solidarisch erklären soll oder nicht.

Der Arbeitgeberverband im Einzelhandel Groß-Berlin schreibt

Die im Transportarbeiterverband organisierten Handelsarbeiter (Kassier, Diener, Fahrstuhlführer usw.) sind in einen Ausstand getreten und haben verhindert, daß die großen Detailgeschäfte ihren Betrieb öffnen. Die kaufmännischen Angestellten und sonstige Arbeitswillinge wurden teilweise gewaltsam vom Betreten ihrer Arbeitsstätten abgehalten.

Bei diesem Kampfe handelt es sich nicht in erster Linie um die Höhe der Lohnforderungen, denn die Arbeitgeber haben den Spruch des Einigungsamts, soweit er die Höchsthöhe von 65 und 75 M. Wochenlohn für länger als ein Jahr beschäftigte männliche Diener betrifft, angenommen, wobei die Zeit des Kriegsdienstes mit eingerechnet ist. Die Differenz liegt bei dem Eintrittslohn für 20jährige Arbeitnehmer bei der nicht zu billigen und bisher selbst von den Arbeitnehmern nicht verlangten Gleichstellung männlicher und weiblicher jugendlicher Arbeiter.

Groß-Berlin

Rein Stadtbahnverkehr vor dem 1. März.

Der Eisenbahnpräsident Bussf hat gestern eine Abordnung des Zweigverbandes der nördlichen Berliner Vororte empfangen, um ihre Beschwerden über die schlechten Verhältnisse auf der Nordbahn entgegenzunehmen. Die Klagen gingen dahin, daß die Züge noch im Fahrbetriebe stehenden Züge derart unregelmäßig fahren, daß die Fahrgäste eine Stunde und länger warten müssen, bis die Züge die Haltestellen verlassen. Zudem soll sich das Wagenmaterial der Nordbahn in einem besonders schlechten Zustande befinden. Die Verhältnisse lägen so, daß die Arbeiter und Angestellten von ihren Arbeitgebern mit Entlassung bedroht würden, weil sie fast nie ihre Dienst- und Arbeitsstellen pünktlich erreichen können. Der Eisenbahnpräsident erwiderte, daß er die Verhältnisse sehr wohl kenne und bemüht sei, Verbesserungen einzutreten zu lassen. Der Mangel an Lokomotiven sei aber ungenügend groß. Die Nordbahn habe in diesen Tagen 15 Lokomotiven erhalten, die für die Wiederinbetriebnahme der Stadtbahnlinie Schlesiener Bahnhof-Charlottenburg bestimmt gewesen seien. Infolgedessen werde der Stadtbahnverkehr erst nach dem 1. März ausgenommen werden können. Hieraus gehe hervor, daß die Eisenbahndirektion Berlin nach Möglichkeit bestrebt sei, die Verkehrsverhältnisse auf der Nordbahn wesentlich besser zu gestalten. Es wurden dann in der weiteren Besprechung noch verschiedene Zugstände wegen der Zugfolge gemacht. Auf den Hinweis, daß die Nordbahn im Gegensatz zu der Weichlichen Vorortbahn stielmütterlich behandelt werde, erklärte Präsident Bussf, daß die Nordbahn die erste Bahn sein werde, die elektrischen Betrieb erhalte.

Kundmässigkeit im Spandauer Rathaus. Nachdem sowohl der Oberbürgermeister Koelke, als auch der zweite Bürgermeister Wolff erklärt haben, ihre Ämter niederzulegen, hat jetzt auch der Rämmerer und Stadtrat Max Weber seinen Rücktritt angefragt und ist um seine Pensionierung eingekommen. Die nächste Spandauer Stadtverordnetenversammlung wird sich in geheimer Sitzung mit dieser Waffensucht der oberen Beamten aus dem Rathaus beschäftigen.

Für ein Raubverbot auf den Straßenbahnplattformen tritt eine Anzahl an uns mit guten Gründen ein. Die Kleider und auch die Haut der Goldverammlungen auf den Plattformen werden durch brennende Zigaretten, herabfallende Asche, funkenstiebende Zigaretten und ganz besonders durch das Anzünden gefährdet, wenn gerade der Wagen einen der jetzt so beliebten Raubpränge macht. Auch die vorübergehende Augenblendung durch Rauch kann zu Unfallsfällen führen. Aber leider wird ja immer mehr geraucht, je teurer der Tabak wird.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Vom Donnerstag, den 13. Februar ab, werden folgende Mischmengen ausgegeben: Auf A I Karten 1 Liter, auf A II Karten 1/2 Liter, auf B I Karten 1/2 Liter, auf B II Karten 1/2 Liter, auf C I Karten 1/2 Liter und auf C II Karten für drei Tage eine halbe Nandemilch. Die Krankearten, Sonderarten und Lieferheime werden noch besetzt.
Pantow. Von heute ab auf Abschnitt 90 600 Gramm Karmelade (1,20 M.).

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Neustadt. Donnerstag, abends 7 Uhr, 8 öffentliche Volksversammlungen in den Hohenhausen-Eilen, Rottbuler Damm, Rota des Realschulhaus, Kaiser-Friedrichstraße und der Aula der Realschule in der Rottbulerstraße. Tagesordnung: Die Aufgaben der Sozialdemokratie im neuen Reichstag. Referenten: Stadtrat Dr. Silberstein und die Stadtverordneten Scholz und Turcom.

Letzte Nachrichten.

Estland frei von Bolschewiken.

Libau, 11. Februar. Durch den estnisch-finnischen Vormarsch ist nunmehr das ganze Gebiet der estnischen Republik von den Bolschewiken befreit worden. Außer dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Walk sind auch die Städte Werra und Peltshard genommen worden. In Kurland ist die Lage vor Libau seit längerer Zeit unverändert. Auf beiden Seiten sind Verstärkungen eingetroffen. Die deutschen Stellungen an der Windau, vor denen öfters Gefechte stattfanden, sind behauptet worden. Die von den Bolschewiken besetzte Hafenstadt Windau wurde durch englische Kriegsschiffe beschossen. Inzwischen ist auch die in Riga zurückgelassene Vertretung der deutschen Gesandtschaft von ihrem Amtssitze entfernt worden. Sie wird seit über zwei Wochen in Wilna von den Bolschewiken unter strenger Bewachung zurückgehalten. Diese sehen in den von ihnen besetzten Gebieten ihre Schredensregiment fort. In Riga werden täglich zahlreiche Personen ohne Unterschied der Nationalität vom revolutionär-bolschewistischen Tribunal zum Tode verurteilt und sodann erschossen.

Spannung zwischen Japan und der Entente.

Ein erster Konfliktfall.

New York, 11. Februar. (Reuter.) Der Washingtoner Vertreter der „Associated Press“ telegraphiert: Einem hier eingetroffenen amtlichen diplomatischen Bericht zufolge hat Japan im Prinzip mit Krieg gedroht, wenn China die Geheimverträge beider Länder veröffentlicht und seine Vertragspflichten nicht erfüllt. Japan zu Deutschlands Nachfolgerin im Recht, im Eigentum und in den Konzessionen zu machen, die Deutschland bei Ausbruch des europäischen Krieges besaß. China sucht bei Großbritannien und den Vereinigten Staaten Unterstützung angeht die Haltung Japans, die erste Bestätigung unter den Vertretern der Alliiertenmächte hervorruft. Wie verlautet, sind die Abschriften der Geheimverträge aus dem Besitz der chinesischen Friedensdelegierten in Peking worden, als sie durch Japan rissen und daher nicht in der Lage, die Geheimverträge auf der Friedenskonferenz zu veröffentlichen.

Verantwortlich für Politik: Walter Dillies, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neustadt. Die Anzeigen: Theodor Wolff, Berlin. Verlag: Bornhans-Verlag, Berlin. Druck: Bornhans-Verlag, Berlin. Druckkosten: Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 2.

Neukölln.

Heute 6 1/2 Uhr

Flugblattverbreitung

Wilmersdorf.

Dans ohne Neben, mit allen modernen Einrichtungen, Wohnung von 7-8 Zimmern, prächtigem Garten, für 470.000 Mk. bei ca. 100.000 Mk. Mieten zu verkaufen.
I. Schmidt Söhne, Leipziger Str. 112, Ecke Mauerstr. Zentrum 12600-3

Schöneberg.

In ruhiger, vornehmer Lage haben wir neues modernes Wohnhaus mit allen neuesten Einrichtungen für 440.000 Mk. bei ca. 12.000 Mk. Miete (keine Mietgarantie) zu verkaufen.
Im Vorderhaus 2 u. 3 Zimmerwohnungen, App. lange Zeit frei.
I. Schmidt Söhne, Leipziger Str. 112, Ecke Mauerstr. Ztr. 12600-3

Wilmersdorf.

Wohnung mit 4 Zimmern, modernem Bad, Kamin, für 470.000 Mk. bei ca. 100.000 Mk. Mieten zu verkaufen.
I. Schmidt Söhne, Leipziger Str. 112, Ecke Mauerstr. Zentrum 12600-3

Schöneberg.

Wohnung mit 4 Zimmern, modernem Bad, Kamin, für 470.000 Mk. bei ca. 100.000 Mk. Mieten zu verkaufen.
I. Schmidt Söhne, Leipziger Str. 112, Ecke Mauerstr. Zentrum 12600-3

Ein Freudentag ist der Washtag



mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebig“ Dampf-Wasch-Automaten, der dauernd Arbeit, Arbeit, Arbeit, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung, größte Schonung der Wäsche, selbst mit den markenreinen Seifenzusätzen, wovon wir die Besten bewährte auf Wunsch liefern. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zurecht in Frage kommenden Teuerungszuschlag von 61 Mark an. 700L

Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis.
„Liebig“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 27a.

Werkstatt für Schreibmaschinen-Reparaturen

ist mit unseren bewährten Mechanikern wieder in vollem Gange.

Remington-Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H.

nur Friedrichstr. 83. Tel. Centr. 57, 78, 79.
Farbbänder, Schreibmaschinenteile, Kohlepapiere.

Selten günstige Gelegenheit!

Räumungshalber verkaufe ich

5000 Dosen Schuhcrem

mit 50 Gramm Inhalt zu dem außerordentlich billigen Preise von 20 Pfennige pro Dose.

Richard Kraemer, Berlin-Dahlemer-Str. 145, Jungfernpl. 20, Grenz 606.

Pflegen Sie Ihr Schuhzeug

um es dauerhaft zu machen. Verwenden Sie nur

Dr. Gunters Schuhwachslederputz

Nigrin

der nur aus Olen und Wachsen besteht und daher das Leder wasserfest, weich und dauerhaft erhält. Nigrin färbt nicht, wie die veralteten Wassercreme, bei nasser Befeuchtung ab, der Glanz bleibt auch bei Regenwetter erhalten.

Verfälscht, auch in beliebigen Farben- und Einweckwachsen, „Robetin“!

Carl Guntner, Göttingen.

10 000 Karbidlampen

prima Ausführung, wundervoll billige Beleuchtung, jetzt bedeutend billiger. Garantie für jede Lampe.

Nr. 10 Probierstück M. 3,50, 25 Stk. à 2,75
50 Stk. à 2,50, 100 Stk. à 2,40.
Nr. 20 Probierstück von M. 12,50 an.

Prima Karbidbrenner „Ceto“ per 100 Stk. M. 16.-, Händler hohen Rabatt.

Nr. 10 Nr. 20

Wer bauen will

wende sich an uns. Wir vermitteln

Baus Ausführungen

jeder Art (Villen, Zinshäuser, Siedlungen, Fabriken) in bester, preiswerter und schnellster Ausführung in

Stadt und Land.

Terrainverkauf - Finanzierungen.

Telephon: Zentrum Nr. 8338. Bürozeit von 9 bis 5 Uhr.
Grundstücksabteilung Berlin W 8, Friedrichstraße 180.
Generalvertretung der Gemeinnützigen Heimstätten und Bauernstellen A-G.

Nerven- und Stoffwechselliden

Reiznerven, Gicht, Rheuma, Nervenkrankheiten, Magen-, Darm-, Leber- und Herzleiden.
Erfolgreiche Eigenbehandlung ohne Berufshilfe.
Sprechstunden 9-10, 3-4, Sonntags 10-11 Uhr.
Vergütliche Heilanstalt vorm. Sanitätsrat Dr. Weig's Ambulatorium, Berlin, Potsdamer Str. 123 b.

Verkäufe

Handelsgüter, Vermögen, Grundstücke, etc.

Verkäufe

Handelsgüter, Vermögen, Grundstücke, etc.